

Landkreis Ravensburg

den 15. Okt. 2020

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages

am 09.06.2020 im Turn- und Festhalle Wetzisreute, Jahnstraße 45, Schlier-Wetzisreute

Dauer 14:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

Erster Landesbeamter

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Elmar Buemann

Herr Roland Bürkle

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Frau Christa Fuchs

Herr Alexander Geiger

Herr Helmut Grieb

Herr Raimund Haser

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Thomas Kellenberger

Herr Dieter Krattenmacher

Herr Axel Müller

Sitzung des Kreistages vom 09.06.2020

Seite 1 von 22

Herr Peter Müller
Herr Christian Natterer
Herr Dr. Daniel Rapp
Herr Volker Restle
Herr Roland Sauter
Herr August Schuler
Herr Robert Schweizer
Herr Daniel Steiner
Herr Waldemar Westermayer
Frau Sonja Wild

FWV

Herr Walter Braun
Herr Karl-Heinz Buschle
Frau Sandra Flucht
Herr Wilhelm Graf
Herr Roland Haug
Herr Michael Lang
Frau Katja Liebmann
Herr Rainer Magenreuter
Herr André Radke
Herr Dr. Hermann Schad
Herr Roland Schmidinger
Herr Bernhard Schultes
Herr Peter Smigoc
Herr Oliver Spieß
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf
Herr Gereon Güldenbergl
Herr Dr. Andreas Kolb
Frau Carmen Kremer
Frau Elke Müller
Frau Dorothee Natalis
Herr Ozan Önder
Frau Liv Pfluger
Frau Roswitha Pohnert
Herr Tilman Schauwecker

Herr Bruno Sing
Herr Martin Weiß
Herr Roland Zintl
Frau Doris Zodel

SPD

Herr Rudolf Bindig
Herr Peter Clément
Herr Gerhard Lang
Herr Rainer Marquart
Frau Gisela Müller

ÖDP

Herr Julian Aicher
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing
Herr Max Scharpf
Herr Siegfried Scharpf
Herr Dr. Wolfgang Schmidt

FDP

Herr Dr. Roland Dieterich
Herr Daniel Gallasch, M. A.
Herr Oliver Schneider
Herr Benjamin Strasser

Die Linke

Herr Lars Raible

Protokollführer/in

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Herr Franz Baur
Frau Diana E. Raedler
Herr Gerd Hägele
Herr Jörg Urbaniak
Herr Hubert Messmer
Frau Margit Sigg

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Dezernentin Arbeit und Jugend
Dezernent Recht, Ordnung und Gesundheit
Co-Dezernent Soziales
Geschäftsführer Eigenbetrieb IKP zu TOP 4
Eigenbetrieb IKP zu TOP 5

Abwesend:

CDU

Herr Clemens Moll

FWV

Herr Markus Ewald

Herr Jochen Fischinger

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Heinz Strubel

SPD

Herr Jürgen Rölli

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0074/2020
Oberschwabenklinik gGmbH - Beteiligung an der neu zu gründenden Personal-agentur "PiK (g)GmbH"

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

4. 0009/2020
Schulbauprogramm 2020-2040: Zielplanung Schulareal Ravensburg

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

5. 0030/2020
Flächen- und Standortkonzept des Landratsamtes in Ravensburg

Mitgliedschaften in Gremien und Ausschüssen

6. 0029/2020
Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses - Bestellung von Frau Maria Jocham als stellvertretendes beratendes Mitglied zur Nachfolge von Frau Katarzyna Herter

Anträge gem. § 29 I LKrO

7. 0083/2020
Fortführung der Haushaltsstrukturkommission –
Antrag der FDP-Fraktion vom 30.04.2020
8. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Personalservice

9. 0089/2020
Versetzung von leitenden Bediensteten in den vorzeitigen Ruhestand

10. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll der letzten Sitzung des Kreistags vom 05.05.2020 gibt es keine Änderungswünsche.

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0074/2020/1

Oberschwabenklinik gGmbH - Beteiligung an der neu zu gründenden Personalagentur "PiK (g)GmbH"

KR Engler fragt, worin der Mehrwert der Personalagentur bestehe, auf welche Art die neue Agentur besser sein werde als bereits existierende Agenturen und warum selbstständige Ärzte sich entschließen sollten, sich in dieser Gesellschaft zu verdingen. Er möchte ebenfalls wissen, warum die Frage, ob es einen oder mehrere Geschäftsführer geben solle, noch nicht geklärt sei. Auch sei zu den Themen Infrastruktur und Räumlichkeiten nichts aus der Unterlage ersichtlich. Bei der Verteilung der gewonnenen Ärzte und Pflegekräfte sehe er Konflikte voraus. Aus diesen Gründen werde er dem Beschlussentwurf nicht zustimmen.

KR Raible meint, Löhne müssten erhöht und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Man schiebe sonst nur Arbeitskräfte nur hin und her, ohne den Pflegenotstand zu beseitigen.

KR A. Müller hält die Idee für gut. Er vermisse in den Unterlagen jedoch Informationen zu Agenturen, die bereits am Markt seien. Er fragt, ob wettbewerbsrechtliche Regeln durch die Gründung beachtet würden.

Herr Baur erklärt, der wirtschaftliche Erfolg eines Krankenhauses hänge davon ab,

wie die Personalfrage gelöst sei. Ein bestimmter Personalbestand müsse heutzutage vorgehalten werden. Bestehende private Personalagenturen müssten Gewinne erzielen und würden durch ihre Vermittlungstätigkeit letztlich das 3fache an Kosten verursachen. Diese Verdienstmarge solle besser im Krankenhaus verbleiben. Es gebe durchaus Personal, das aus unterschiedlichen Gründen gern ein solches Angebot annehme. Bei der Formulierung des Gesellschaftervertrages habe man sich an den Vertrag mit der Oberschwabenklinik angelehnt. Zurzeit sei nur ein Geschäftsführer angedacht. Die Standortfrage sei noch nicht abschließend geklärt, da mehrere Partner „unter einen Hut“ gebracht werden müssten. Ein guter Verteilungsmodus solle gefunden werden. EU-Wettbewerbsregeln würden nicht verletzt, da es keine Zuschüsse geben werde. Die Einrichtung müsse sich selber tragen.

Der Vorsitzende ergänzt, es sei immer die Frage, wer in einer Notsituation das Problem löse und damit das Geschäft mache: die Wirtschaft oder die Zusammenarbeit der Betroffenen. In diesem Fall werde ein Verbund kommunaler Krankenhäuser in Baden-Württemberg gemeinsam eine Lösung auf den Weg bringen.

Beschlussentwurf:

Der Kreistag weist den Landrat an, in der Gesellschafterversammlung der Oberschwabenklinik gGmbH (OSK)

1. der Beteiligung der OSK an der „Personal im Krankenhaus GmbH (PiK)“ auf Grundlage des beigefügten Gesellschaftsvertrags zuzustimmen.
2. eine Stammkapitaleinlage in die PiK mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 30.000 € zu leisten.
3. die Geschäftsführung der OSK zu ermächtigen, der Gewährung eines Gesellschafterdarlehens in Höhe von 50.000 €, Zinssatz 2%, Laufzeit 5 Jahre, zuzustimmen.
4. die Geschäftsführung der OSK zu ermächtigen, den vorgelegten Gesellschaftsvertrag und die Geschäftsordnung bei Bedarf redaktionell, aber nicht in deren wesentlichen Bestimmungen, anzupassen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen)

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

4. 0009/2020

Schulbauprogramm 2020-2040: Zielplanung Schulareal Ravensburg

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Anträge in den Anlagen 5 und 6 sowie die Vorberatungen. Das heutige Paket sei konzeptionell ein herausragender Beschlussbaustein.

KR Spieß findet, der Ausschuss habe in den letzten Jahren hervorragend gearbeitet. Es handele sich um ein „tolles Vorhaben“, und er werde der Beschlussvorlage zustimmen. Bei einigen Schwachstellen, die Variante 2 dennoch habe, solle versucht werden, das Bestmögliche zu erreichen:

1. Sporthalle

Eventuell sei doch ein Standort unten möglich. Mit der Stadt Ravensburg sollten nochmals Gespräche wegen einer gemeinsamen Halle geführt werden.

2. Parkierungssystem

Dieser Punkt solle noch offen gehalten und im Wettbewerb geklärt werden.

3. Humpis-Schule

Fraglich sei, ob eine eventuelle Entscheidung über einen Neubau in 10 oder 15 Jahren bereits jetzt wettbewerbsrelevant sei und die Förderunschädlichkeit tangiere.

4. Mobilitätskonzept

Dieser Punkt sei noch zu abstrakt. Er bittet darum, ihn nochmals mit der Stadt Ravensburg oder auch in einem weiteren Klausurtag im November zu besprechen.

5. Finanzierung

Er regt an, noch mehr auf Sicht zu fahren, in „Bausteinen“ zu denken und kleine „Ausfahrten“ aufzuzeigen. Konjunkturprogramme seien weiter offen. Beim Thema Brandschutz dürfe es keinesfalls zu Verzögerungen kommen.

Er bedankt sich im Namen der Fraktion bei Herrn Meßmer für die geleistete Arbeit.

KR Förderer bedankt sich bei der Verwaltung für die immer wieder angepasste Vorlage und bei der Fraktion FWV für die „Fleißarbeit“ in ihrem Antrag. Die Standorte der Sporthalle und der Parkierungsanlage seien nach seinem Verständnis immer offen gewesen, Fördermöglichkeiten bei der Sanierung der Humpisschule bereits berücksichtigt. Das von der Fraktion FWV bereits jetzt geforderte Konzept zur Verkehrs-

bindung halte er für verfrüht. Dafür fehlten noch realistische Grundlagen. Rahmenrichtlinien sollten erst für den Wettbewerb vorgegeben werden. Der Klausurtag im November sei dafür der richtige Zeitpunkt. In der Summe könne seine Fraktion dem Beschlussentwurf zustimmen.

KR Zintl lobt den guten und intensiven Planungs- und Entscheidungsprozess. Die in Variante 2 ausgearbeiteten Ergebnisse halte er für sehr gut, wenngleich einige Dinge, wie z.B. zum Thema Sporthalle und Parkierung, noch „reifen“ müssten. Dies werde im Wettbewerb geschehen. Den Antrag der Fraktion FWV halte er für „verdienstvoll“, jedoch nichts Neues bringend. Die Frage, ob die Humpis-Schule doch abgebrochen und neu gebaut werden solle, sei bereits untersucht und abschließend beantwortet worden. Ein Neubau würde deutlich teurer ausfallen. Diesem würde er auch nicht zustimmen. Ein Mobilitätskonzept, wie in Punkt 4 des Antrags angesprochen, könne für den Wettbewerb entweder Voraussetzung *oder* dessen Resultat sein, aber nicht beides. Zum Thema Zeitplan hätten sich alle bereits geäußert. Die Verwaltung habe diesen bereits korrigiert. Eine weitere Exkursion halte er nicht für sinnvoll, da die Besonderheit „Drei Schulen zwischen zwei Städten“ nirgendwo besichtigt werden könne. Der Antrag der FDP in Anlage 6 erscheine ihm wie „mit heißer Nadel gestrickt“, die Inhalte eine Selbstverständlichkeit. Den Prozess halte er nach wie vor für differenziert und den Zeitplan für realistisch.

KR Bindig schließt sich dem Beitrag von KR Zintl an. Der Antrag der Fraktion FWV enthalte viel „weiße Salbe“ und sei nicht zur Abstimmung geeignet. Alles sei in den letzten Jahren bereits „hin und her“ erwogen worden. Auch der Antrag der FDP formuliere lediglich „Selbstverständlichkeiten“. Ihm liege etwas daran, das Thema Ökologisches Bauen noch aufzunehmen. Er betont den Kern dessen, was jetzt zur Beschlussfassung anstehe, nämlich Variante 2 als Grundlage zu nehmen und mögliche Synergien der Zielplanungen Schulareal und Flächen- und Standortkonzept aufzuzeigen. Als Lösung könne er sich vorstellen, eine allgemeine Einbeziehung der in den Anträgen der Fraktionen FWV und FDP formulierten Überlegungen im Beschlussentwurf der Verwaltung zu ergänzen.

KR S. Scharpf ist der Meinung, man müsse solange „bremsen“, bis man wisse, was an Zuschüssen käme und welche finanziellen Mittel man tatsächlich zur Verfügung habe. Den Erfordernissen des Brandschutzes müsse gleichwohl Rechnung getragen werden. Ökologisches Bauen, das gesund und nachhaltig sei, sei auch ihm wichtig und solle ein „Leuchtturmprojekt“ für den Landkreis werden. Mehrkosten würden sich

schnell wieder amortisieren.

KR Dr. Dieterich verdeutlicht, seiner Fraktion sei ein Hinweis auf kostenbewusstes Bauen bereits im Wettbewerb wichtig. Wenn ökologisches Bauen dazu im Widerspruch stehe, müsse eine Rangordnung erstellt werden. Das Thema Brandschutz solle abschnittsweise geregelt, priorisiert und nicht „wie eine Monstranz“ als Allgemeinplatz vor alles gestellt werden.

KR Spieß erklärt nochmals den Antrag der Fraktion FWV. Der Text solle genau gelesen und vollständig zitiert werden.

Herr Meßmer antwortet, die Themen Sporthalle und Parkierung seien bekanntermaßen noch offen. Für einen Neubau der Humpis-Schule werde es keine Fördermittel vom Land geben, da der Kern des Gebäudes noch in einem guten Zustand sei. Daher werde abschnittsweise auf dem Rohbau saniert. Bei einem Rückbau im Bestand würden die Schüler auch eine Unterbringung benötigen. Das Thema könne 2026 nochmals aufgegriffen werden. Für den Wettbewerb solle es jedoch bei einer Sanierung bleiben, da man sonst Variante 2 verlassen würde. Die Zeitschiene würde sich nicht nur aus Brandschutzgründen ergeben, sondern auch aus der Tatsache, dass man Bauten für den Schulbetrieb benötige. Er betont, wie wichtig ihm ein gemeinsamer, von einer breiten Mehrheit getragener Prozess mit den Kreistagsmitgliedern sei. Im städtebaulichen Wettbewerb gehe es darum, eine gemeinsame Vision zu entwickeln, auch wenn dies drei zusätzliche Monate in Anspruch nehme. Eine Diskussion über wirtschaftliche und nachhaltige Bauweise könne zu Beginn des Realisierungswettbewerbs stattfinden. Ein Leitfaden zum Thema Ökologisches Bauen werde bereits im Sommer vorgestellt.

Herr Baur ergänzt, die Ergebnisse der Beratungen der Haushaltsstrukturkommission böten nach wie vor eine gute Grundlage für die Finanzierung der beiden Großprojekte. Vom Thema Brandschutz müsse man sich nicht „in die Ecke treiben lassen“, jedoch den Nachweis führen, dass der Wille vorhanden gewesen sei, das Thema ernsthaft anzugehen. Das Schulbauprogramm biete keine Möglichkeiten für größere Unterbrechungen, es müsse vielmehr zügig umgesetzt werden. Er müsse sonst die Verantwortung dafür abgeben. Auch wenn die Bedingungen aufgrund der Corona-Situation schwieriger seien, so könnten beide Großprojekte doch parallel weiter geplant und auch finanziert werden. Es gebe zwar kein generelles Konjunkturprogramm des Bundes für Baumaßnahmen, jedoch eine höhere Erstattung bei den Kosten der

Unterkunft mit 75 % statt bisher 48 %, was zu einer dauerhaften Entlastung führen werde.

KR A. Müller weist darauf hin, dass es auch eine Zeit *nach* Corona geben werde. Dies solle im Mittelpunkt der Debatte stehen. Die vorliegenden Anträge würden Angst vor der finanziellen Zukunft widerspiegeln und das Signal aussenden, man könne den Zug noch anhalten. Dies sei falsch. Man müsse in dieser Planungsphase „die Lokomotive unter Dampf lassen“ und nicht zu zaghaft mit der Zukunft umgehen. Es werde große finanzielle Entlastungen durch den Bund geben und künftig noch genügend Möglichkeiten, Weichen zu stellen.

KR Clement äußert seinen Zwiespalt zwischen Hoffnung und Sorgen im Hinblick auf die Finanzierung, Ungewissheiten bezüglich der Kostenentwicklung und der künftigen Förderpolitik sowie eines unbekanntes Mobilitätsverhaltens in 10 Jahren. Er plädiert dafür, sich Zeit für die Planungen zu nehmen.

Herr Baur antwortet, die Projekte müssten in den nächsten 20 Jahren durchgeführt werden. Die Grundentscheidung über das Bauvorhaben müsse jetzt getroffen werden, dann könne man in den jeweiligen Abschnitten weitere Entscheidungen über die Größe fällen. Sobald die Detailplanung anstehe, könne man auch das Raumprogramm nochmals überprüfen, z.B. für den Fall, dass sich Homeschooling durchsetze. Dass die Edith-Stein-Schule einen Neubau benötige und die Humpis-Schule erneuert werden müsse, sei aufgrund der baulichen Mängel ein unveränderlicher Fakt.

KR Spieß erklärt, auf Punkt 3 des Antrags der FWV könne verzichtet werden.

KRin Pfluger findet, der „wortreiche“ Antrag der FWV führe zu viel Unklarheit. Alles Diskutierte solle Teil eines kreativen Wettbewerbs sein.

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund des Antrags von KR Bindig:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zielplanung Schulareal Ravensburg die Variante 2, wie in der Sitzungsunterlage unter „Weiteres Vorgehen“ dargestellt, weiter zu bearbeiten.
2. Mögliche Synergien aus der Zielplanung Schulareal Ravensburg und dem Flächen- und Standortkonzept sollen aufgezeigt und bewertet werden. Im An-

schluss daran soll ein gemeinsamer städtebaulicher Wettbewerb für die Variante 2 der Zielplanung Schulareal Ravensburg und die Zentralisierung der Verwaltung am Standort Ravensburg/Weingarten (vergleiche Vorlage 0030/2020) bis Dezember 2020 vorbereitet werden.

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der weiteren Planung und Konkretisierung die Erörterungen und Überlegungen aus den Anträgen der Fraktionen FWV und FDP einzubeziehen.**

Beratungsergebnis zum modifizierten Beschlussentwurf: mehrheitlich abgelehnt (bei 10 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund der Anträge der Fraktionen FWV und FDP:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zielplanung Schulareal Ravensburg die Variante 2, wie in der Sitzungsunterlage unter „Weiteres Vorgehen“ dargestellt, weiter zu bearbeiten.
2. Mögliche Synergien aus der Zielplanung Schulareal Ravensburg und dem Flächen- und Standortkonzept sollen aufgezeigt und bewertet werden. Im Anschluss daran soll ein gemeinsamer städtebaulicher Wettbewerb für die Variante 2 der Zielplanung Schulareal Ravensburg und die Zentralisierung der Verwaltung am Standort Ravensburg/Weingarten (vergleiche Vorlage 0030/2020) bis Dezember 2020 vorbereitet werden.
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, Nr. 1, 2, 4, 5, 6 und 7 des Antrags der FWV vom 30.05.2020 aufzunehmen.**
- 4. Es ist Wert auf wirtschaftliches und kostenbewusstes Bauen zu legen.**

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen (bei 5 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen)

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

5. 0030/2020

Flächen- und Standortkonzept des Landratsamtes in Ravensburg

Der Vorsitzende verweist auf die bisherige besondere Beratungsfolge der Vorlage.

KR Spieß begründet den Antrag der Fraktion FWV vom 30.05.2020

KR Restle bedankt sich bei allen Mitarbeitern der Projektgruppe für die gute Arbeit. Nach vielen Gesprächen sei man jetzt zu einer guten Lösung gekommen. Der Beschlussentwurf sei auch ein deutliches Signal dafür, dass der Kreistag hinter den Mitarbeitern stehe. Seine Fraktion würde bei den vorliegenden Anträgen „mitgehen“, jedoch nicht bei Nr. 1 und 2 des Antrags der FDP-Fraktion. Der Planungsprozess solle nach sechs Jahren Diskussion nicht wieder gestoppt werden. Verzögerungen stellten ein Risiko für den Brandschutz dar. Es sei immer gut, „auf Sicht zu fahren“, bei den Bauteilen B und C solle jedoch zügig weitergeplant werden, um die Mitarbeiter unterzubringen. Durch Provisorien seien in der Vergangenheit immer hohe Kosten entstanden. Er traue den Kostenschätzungen von Herrn Baur aufgrund seiner Erfahrung und wünsche sich heute eine positive Entscheidung.

KR Önder erklärt, er halte den Zeitplan für ehrgeizig, weitere Verschiebungen könnten jedoch höhere Kosten verursachen. Auch müsse Kreishaus I bis 2024 geräumt sein. Statt „wirtschaftliches und kostenbewusstes Bauen“, wie im Antrag der FDP unter Nr. 3 formuliert, würde er im Auslobungstext für den Wettbewerb die Formulierung „nachhaltiges Bauen möglichst unter Verwendung von Recycling-Beton ohne Kiesabbau“ bevorzugen.

KR Bindig betont, man sei heute an einem entscheidenden Punkt, an dem es darum gehe, die Zahl der Varianten auf eine einzuengen und sich für einen Standort zu entscheiden. Die vorgetragenen Argumente seien überzeugend. Er sehe keinen Grund, den vorgesehenen Beschlussentwurf zu ändern oder zu ergänzen. Bezüglich der Finanzierung verweist er auf mögliche Konjunkturprogramme und die Erläuterungen von Herrn Baur. Der Bund habe zudem bereits beschlossen, 50 % der Gewerbesteuerausfälle zu übernehmen. Er hoffe, dass das Land die zweiten 50 % ersetze und appelliert an die anderen Fraktionen, das Land diesbezüglich anzuschreiben.

KR Gallasch begründet den Antrag der FDP-Fraktion.

Frau Sigg erinnert an die Prämissen der Variantenuntersuchungen und stellt klar, dass Alternativvorschläge wieder genau so detailliert geplant, gerechnet und bewertet werden müssten wie bisherige Varianten. Parallel zur Wettbewerbsvorbereitung sei dies zeitlich nicht ohne weiteres möglich. Ein Wettbewerb mache auch nur dann Sinn, wenn man wisse, was man wolle, um die nötigen Vorarbeiten leisten zu können. Je länger man warte, desto höher würden die Kosten. Der Einwand, das Raumprogramms sei mit 2014/15 bereits vor längerer Zeit erstellt worden, stimme zwar, man habe Zahlen jedoch überarbeitet und neue Entwicklungen in die Planungen einfließen lassen. Es gebe auch weiterhin die Möglichkeit, Anpassungen vorzunehmen, z.B. Arbeitsplätze zu reduzieren, wenn sich Homeoffice nachhaltig verstärken sollte.

Herr Baur erläutert die Zeitplanung und weist darauf hin, dass der präsentierte alternative Zeitplan bis zur nächsten Kreistagssitzung im Oktober nochmals durchdacht werden könne. Wegen der für den Realisierungswettbewerb erforderlichen Vorplanung bei Bauteil A müsse dann eine definitive Entscheidung getroffen werden. Büroraumkonzepte und Nachhaltigkeitsthemen, die mit Wirtschaftlichkeit kollidieren könnten, erforderten eine nochmalige Diskussion mit den Kreistagsrätinnen und Kreisräten. Die Verwaltung werde zudem einen Verkehrsplaner beauftragen, der das Thema Verkehr umfassend und kompetent präsentieren werde. Beides könne im Rahmen eines Klausurtages stattfinden, der auch von den Gremien für eine intensivere Beratung noch offener Punkte gewünscht worden sei. Im Januar 2021 könnten diese dann abgeschlossen werden.

KR Spieß entgegnet Frau Sigg, es sei *keine* komplett neue Variante, wenn das Bauteil B/C zur Disposition gestellt werde. Kreishaus I sei prinzipiell weiter nutzbar. Eine Container-Lösung für die Mitarbeiter stehe nicht zur Debatte. Er bittet um eine differenziertere Darstellung der Zahlen.

Herr Baur bekräftigt, es handele sich sehr wohl um eine neue Variante. Mit Offenheit bezüglich des Standortes des Bauteils B/C in den Wettbewerb zu gehen, würde ein Kostenrisiko bergen und könne mit einer „Überraschung“ enden. Detaillierte Voruntersuchungen seien daher erforderlich, damit Zeitplanungen und Kostennennungen der Verwaltung weiter sehr verlässlich blieben. Es sollten Varianten mit möglichst wenigen Provisorien präsentiert werden, die am Schluss zudem nichts mehr wert seien und ebenfalls Grundstücke benötigten. Eine Einbeziehung des Gebäudes in

der Charlottenstraße würde bedeuten, sich wieder von der 1-Standort-Variante zu entfernen. Er bietet an, Zahlen im Arbeitskreis nochmals transparent zu machen.

Der Vorsitzende leitet die Abstimmungen über die politischen Anträge ein.

Abstimmung über die Aufnahme der Punkte 1 und 2 des Antrags der Fraktion FWV vom 30.06.2020 (Anlage 6 zu 0030/2020) in den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über die Aufnahme der Punkte 3 bis 7 des Antrags der Fraktion FWV vom 30.05.2020 (Anlage 6 zu 0030/2020) in den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Das Gremium ist sich einig, dass sich damit Punkt 2 des Antrags der FDP-Fraktion vom 09.06.2020 (Anlage 7 zu 0030/2020) erledigt hat.

Die FDP-Fraktion **modifiziert** Punkt 1 ihres Antrags vom 09.06.2020 wie folgt:

Vor Ausschreibung von Planungs- und Architekturwettbewerben bzw. Auftragsvergaben an Planer **über die Bauteile A, B und C hinaus** ist das konkrete Raumprogramm dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist insbesondere auf die Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung bzw. veränderte Arbeitsweisen (z.B. clean desk policy) einzugehen.

Abstimmung über die Aufnahme der Punkte 1 (modifiziert) und 3 des Antrags der FDP-Fraktion 09.06.2020 (Anlage 7 zu 0030/2020) in den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund der Anträge der Fraktionen FWV und FDP und der entsprechenden Vorabstimmungen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zentralisierung der Verwaltung am Standort Ravensburg und Weingarten als Zielplanung die 1-Standort-Variante – wie in der Sitzungsunterlage unter „Weiteres Vorgehen“ dargestellt - weiter zu bearbeiten.
2. Mögliche Synergien aus dem Flächen- und Standortkonzept und dem Schulbauprogramm 2020-2040 sollen aufgezeigt und bewertet werden. Im Anschluss daran soll ein gemeinsamer städtebaulicher Wettbewerb für die 1-Standort-Variante in der Gartenstraße 107 und die Zielplanung des Schulbauprogramms 2020-2040 der beruflichen Schulen am Standort Ravensburg (vergleiche Vorlage 0009/2020) bis Dezember 2020 vorbereitet werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorplanung für die Sanierung Kreishaus II, Bauteil B + C auszuarbeiten.
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, Nr. 3 bis 7 des Antrags der Fraktion FWV vom 30.05.2020 aufzunehmen (Anlage 6 zu 0030/2020).**
5. **Vor Ausschreibung von Planungs- und Architekturwettbewerben bzw. Auftragsvergaben an Planer über die Bauteile A, B und C hinaus ist das konkrete Raumprogramm dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist insbesondere auf die Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung bzw. veränderte Arbeitsweisen (z.B. clean desk policy) einzugehen.**
6. **Es ist Wert auf wirtschaftliches und kostenbewusstes Arbeiten zu legen.**

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen (bei 8 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen)

Der Vorsitzende bedankt sich für diese „fundamentale“ Entscheidung, die die Unterrichtsbedingungen für Schüler und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter wesentlich verbessern werde. Er dankt den Mitgliedern des Kreistags und des Verwaltungsteams für die Ausdauer, Energie und das dem Thema entgegengebrachte Interesse.

Aufgrund des guten Miteinanders habe ein Gesamtbild entstehen können, das unter Berücksichtigung von Synergien nun als Erfolg versprechende Basis für den gemeinsamen Wettbewerb dienen werde.

Mitgliedschaften in Gremien und Ausschüssen

6. 0029/2020

Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses - Bestellung von Frau Maria Jocham als stellvertretendes beratendes Mitglied zur Nachfolge von Frau Katarzyna Herter

Beschlussentwurf:

Frau Maria Jocham, Psychologin bei der Psychologischen Beratungsstelle Ravensburg, Dienststelle des Diakonischen Werkes OAB, wird zum stellvertretenden beratenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss als Nachfolgerin von Katarzyna Herter bestellt.

Beratungsergebnis: einstimmig gewählt

Anträge gem. § 29 I LKrO

7. 0083/2020

Fortführung der Haushaltsstrukturkommission - Antrag der FDP-Fraktion vom 30.04.2020

KR Gallasch begründet den Antrag.

KR Schauwecker ergänzt, der von der Haushaltsstrukturkommission zusammengestellte Katalog mit 36 Positionen sei noch nicht beschlossen und müsse noch weiter beraten werden. Eine erste Bilanzierung der Corona-Folgen durch die 39 Gemeinden des Landkreises könne erst im Frühjahr 2021 erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt seien auch die Fördermaßnahmen von Bund und Ländern transparenter. Von daher müsse die Arbeit der Kommission fortgesetzt werden.

KR Restle plädiert ebenfalls für eine Fortführung der Kommission. Den geeignetsten

Zeitpunkt für eine zweite Beratungsrunde solle der Kämmerer festlegen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 3 Enthaltungen)

8. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Die aktuellen Kennzahlen der Oberschwabenklinik gGmbH (Stand 07.05.2020) werden verteilt.

Herr Dr. Föll berichtet auf schriftliche Anfrage von KR Raible anhand einer PPT-Präsentation über die aktuelle Corona-Situation, erste Analysen und Weiterentwicklungen bei den Strategien.

KR Clement möchte wissen, wer die Höhe der Bußgelder bei Verstößen gegen die Corona-Verordnungen festlege, beispielsweise bei Nichteinhaltung des Mindestabstands, und ob diese gerichtsfest seien.

KR Schmidinger lobt als Ehrenkommandant der Freiwilligen Feuerwehr Bad Waldsee die „tadellose“ und gut strukturierte Arbeit des Teams von Herrn Surbeck, des DRK, THW und der Johanniter-Unfall-Hilfe. Ein besonderer Dank gelte den Ärzten, Krankenpflegekräften und Heilerziehungspflegern als „Helden an der Front“. Die Zustimmung zu den Maßnahmen habe er als hoch empfunden, wenngleich es sich dabei um einen „großen Flickenteppich“ gehandelt habe. Die Zustimmung bröckle jedoch aktuell. Er dankt auch dem Vorsitzenden für seine hervorragende Arbeit.

Der Vorsitzende würdigt den Bericht von Herrn Dr. Föll als wichtig, fokussiert und deutlich. Den Dank gebe er an Städte und Gemeinden weiter, die als Verantwortungsgemeinschaft ihre Kräfte gebündelt hätten. Man werde beim Thema klar analysieren, was gut und was weniger gut gelaufen sei, um daraus Lehren zu ziehen. Er informiert, dass Herr Dr. Bürger als Vorsitzender der Kreisärzteschaft an allen Krisensitzungen teilgenommen habe. Es sei eine politische Frage, wie man in Notsituationen die niedergelassenen Ärzte als Vertreter eines freien Berufes abgestimmt und systematisch mobilisieren könne. Eine zentrale, kraftvolle Zugriffsmöglichkeit auf das System der Ärzteschaft und eine Verantwortungsübernahme der kassenärztlichen Vereinigung halte er für erforderlich. Die Einrichtung der Fieberambulanzen sei wichtig gewesen. Dabei sei das Terminmanagement nach anfänglicher Konfusion vom

Landratsamt für die kassenärztliche Vereinigung übernommen worden. In Erwartung einer zweiten Welle sollten die Ambulanzen jetzt nicht komplett abgebaut werden. Für die Zukunft wünsche er sich einen landespolitischen Dialog mit verbindlichen Absprachen und Konzepten.

Frau Meschenmoser und Herr Hägele verabschieden sich in den Ruhestand.

Der Vorsitzende und Mitglieder des Kreistags bedanken sich für ihre jahrzehntelange erfolgreiche und engagierte Arbeit.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Kreistag am 09.06.2020:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Personalservice

9. 0089/2020

Versetzung von leitenden Bediensteten in den vorzeitigen Ruhestand

Beschlussentwurf:

Dem Antrag von Herrn Joachim Simon auf Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

10. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Hans-Jörg Henle

Rolf Engler

Liv Pfluger